



Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

Neuer Thüringer Innenminister	1
Ausschreibungen	1
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	2
Bundesregierung beschließt Änderungen im Ausländer- und Asylrecht	2
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	2
Integrationsgipfel verabschiedet Aktionsplan	3
Gute Erfahrungen	4
Arbeitshilfe sozialrechtliche Bedingungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen	4
NEUIGKEITEN DER EU	4
Zugang zur Sozialen Sicherung auch für Drittstaatsangehörige	4
Anerkennung von Flüchtlingen, die terroristischen Organisationen angehören	4
Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011	4
Gleichstellungsstrategie 2010-2015	4
Fördertöpfe - Buchempfehlungen	5
Impressum	5

Neuer Thüringer Innenminister

Nach seiner Ernennung durch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht am Morgen des 08.12.2010 in der Staatskanzlei folgte zur Mittagszeit die Vereidigung des neuen Innenministers Jörg Geibert vor dem Thüringer Landtag. Landtagspräsidentin Birgit Dietzel nahm dem bisherigen Innenstaatssekretär den Amtseid als Minister ab.

Mit Jörg Geibert beruft die Ministerpräsidentin einen Verwaltungs- und Innenexperten gleichermaßen in die Regierung. „Für mich war bereits frühzeitig klar, dass Jörg Geibert diese Aufgabe übernehmen und das von Prof. Huber begonnene Werk fortsetzen soll. Ich schätze seine Handlungskompetenz und die Klarheit seiner Entscheidungen“, sagte Lieberknecht. Quelle: www.thueringen.de

Ausschreibungen

Transnationaler Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF)

Fristende: 14.12.2010

Die Förderung ist offen für staatliche und nichtstaatliche Stellen. Das Projekt sollte sich mit einer der folgenden Prioritäten befassen:

- Verbesserung der Asylentscheidungen (Training, Austausch bester Praktiken, Diskussionen, Forschungsmaterial etc.),
- Verbesserung der Effizienz und der Fairness des Dublin-Systems,
- Verstärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten, insbesondere Unterstützung der Mitgliedsstaaten, die besonderen Belastungen des Asylsystems ausgesetzt sind,
- Entwicklung guter Praktiken und neuer Ansätze bei der Ansiedlung in Mitgliedsstaaten,
- Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen, um die speziellen Bedürfnisse besonders hilfsbedürftiger Gruppen unter Asylsuchenden (insbesondere unbegleitete Minderjährige) anzusprechen

(Informationsaustausch, Entwicklung besserer Praktiken zw. Behörden und nichtstaatlicher Stellen).

Nähere Informationen (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/refugee/funding_refugee_en.htm

Transnationaler Europäischer Integrationsfonds (EIF)

Fristende: 14.01.2011

Die Förderung ist offen für staatliche und nichtstaatliche Stellen. Das Projekt muss von drei Organisationen aus mindestens drei verschiedenen Mitgliedsstaaten getragen werden.

Prioritäten:

- Diversity Management in Stadtquartieren
- Partizipation von Migranten/innen am demokratischen Prozess
- Integrationsmaßnahmen für unterschiedliche Migrantengruppen
- Übergang zwischen Aufnahme- und Integrationsprozess

Nähere Informationen (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/integration/call_20101108/call_20101108_en.htm

An dieser Stelle möchten wir allen Lesern ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2011 wünschen!

Wir hoffen, Sie auch im nächsten Jahr zu unserer Leserschaft zählen zu können!

Ihr Team vom Fachdienst

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Bundesregierung beschließt Änderungen im Ausländer- und Asylrecht

Die Bundesregierung hat heute den vom Bundesminister des Innern vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften beschlossen. Mit diesem Gesetzentwurf werden mehrere aufenthaltsrechtliche und integrationspolitische Vorhaben umgesetzt, auf die sich die Koalitionspartner im Koalitionsvertrag geeinigt haben.

Den Schwerpunkt bilden verbesserte Regelungen zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum Schutz der Opfer von Zwangsheirat. Hierzu erklärt Bundesinnenminister Dr. de Maizière: "Zwangsheirat ist auch in Deutschland ein ernst zu nehmendes Problem, das in den letzten Jahren verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist. Um Zwangsheirat stärker als bisher als strafwürdiges Unrecht zu ächten, wird ein eigener Straftatbestand geschaffen. Damit treten wir gleichzeitig der Fehlvorstellung entgegen, es handle sich um eine zumindest tolerable Tradition aus früheren Zeiten oder anderen Kulturen." Zur Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Rechtsstellung ausländischer Opfer von Zwangsverheiratungen, die als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren und nach der Zwangsheirat an der Rückkehr nach Deutschland gehindert wurden, sieht der Entwurf die Schaffung eines eigenständigen Wiederkehrrechts vor. Voraussetzung für dieses Wiederkehrrecht ist eine starke Vorintegration in Deutschland oder eine positive Integrationsprognose. Schließlich wird die Antragsfrist zur Aufhebung einer Zwangsehe verlängert. Der heute beschlossene Gesetzentwurf dient der weiteren Bekämpfung des aufenthaltsrechtlichen Problems der Eingehung einer Ehe ausschließlich zu dem Zweck, einen Aufenthaltstitel zu erlangen (sog. Scheinehe). "Um den Anreiz zur Schließung von Scheinehen zu reduzieren und die Wahrscheinlichkeit für die Aufdeckung einer Scheinehe zu erhöhen, verlängern wir die Mindestbestandszeit einer Ehe, die für den Fall des Scheiterns der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht begründet, von zwei auf drei Jahren.", so der Bundesinnenminister am Mittwoch in Berlin. Die Regelungen für die räumliche Beschränkung von Asylbewerbern und Geduldeten werden gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung, Ausbildung oder eines Studiums bzw. den Schulbesuch zu erleichtern. Schließlich enthält der Entwurf Regelungen, die die Kontrolle der Einhaltung von Integrationsverpflichtungen verbessern sollen. So wird die Verpflichtung der Ausländerbehörden ausdrücklich normiert, vor Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis festzustellen, ob ein Ausländer seiner Pflicht zur ordnungsgemäßen Integrationskurssteilnahme nachgekommen ist. Außerdem werden in dem Entwurf Datenübermittlungsregelungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Integrationsmaßnahmen gesetzlich geregelt. Bundesinnenminister de Maizière

erklärt in diesem Zusammenhang: "Deutsche Sprachkenntnisse und Alltagswissen sowie Kenntnisse der deutschen Rechtsordnung, Kultur und Geschichte sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Ausländern in Deutschland. Diese Kenntnisse werden in Integrationskursen vermittelt, deren Besuch unter den in § 44a Aufenthaltsgesetz genannten Voraussetzungen für Zuwanderer verpflichtend ist. Die Verletzung dieser Pflicht kann aufenthaltsrechtliche Sanktionen bis hin zur Ablehnung von Anträgen auf Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen nach sich ziehen. Die heute von der Bundesregierung beschlossenen gesetzlichen Regelungen sollen dazu beitragen, dass die Sanktionsmöglichkeiten in Zukunft noch konsequenter angewendet werden."

www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/mitMarginalspalte/10/gesetzentwurf.html

Quelle: Internetredaktion des Bundesministeriums des Innern, veröffentlicht am 27.10.2010

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Am Rande des 4. Integrationsgipfels stellte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) einen Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vor. Demzufolge soll ein transparentes und einheitliches Verfahren garantieren, dass künftig innerhalb von drei Monaten über die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses entschieden wird. Die mehrfach geforderte zentrale Anlaufstelle für alle Berufe soll es jedoch nicht geben. Für die Umsetzung des Verfahrens bleiben die für den jeweiligen Berufszugang zuständigen Kammern und Behörden verantwortlich. Die beruflichen Fähigkeiten sollen durch Abschlusszeugnisse, Arbeitsproben, Fachgespräche, praktische und theoretische Prüfungen sowie Gutachten nachgewiesen werden können. „Maßstab ist und bleibt das Qualitätsniveau der deutschen Abschlüsse“, erklärte Schavan. Erweise sich eine Auslandsqualifikation als nicht gleichwertig, sollen Antragsteller über verschiedene Nachqualifizierungsmaßnahmen informiert und beraten werden. Der Gesetzentwurf wird aktuell auch in den anderen betroffenen Ressorts geprüft und ergänzt. Nach Schätzungen der Bundesregierung könnten bis zu 300.000 Menschen, die bereits in Deutschland leben, von einer Neuregelung profitieren. Frühere Schätzungen gingen von noch höheren Zahlen aus. Im Fokus stehen vor allem Medizin- und Erziehungsberufe, der Pflegebereich und die so genannten MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), bei denen bereits jetzt ein Mangel an Fachkräften besteht. Quelle: Migration und Bevölkerung, 09/2010

Anerkennung von Berufsqualifikationen kontra Mobilität

Für EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten wollen, ist die Anerkennung von Berufsqualifikationen oft schwierig. Dem von der Kommission veröffentlichten Binnenmarktanzeiger zufolge wurde in 30% der gemeldeten Fälle der Antrag auf Anerkennung von Berufsqualifikationen zunächst einmal abgelehnt, oder von den Antragstellenden wurden zusätzliche Prüfungen verlangt. Viele mussten ihren Antrag auf dem Beschwerdeweg durchsetzen.

Quelle: EU-Kompakt 15/2010

Integrationsgipfel verabschiedet Aktionsplan

Ein Aktionsplan und diverse Absichtserklärungen sind das Ergebnis des diesjährigen Integrationsgipfels. Während sich die Bundesregierung zufrieden zeigte, kritisierten Teilnehmer und Opposition v. a. die unzureichende Finanzierung der Integrationspolitik. Ein Integrationsministerium wird es in der näheren Zukunft nicht geben. Die Integrationssituation würde insgesamt besser eingeschätzt, als es die Debatte der letzten Wochen gezeigt habe, betonte Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) nach dem 4. Integrationsgipfel, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anfang November nach Berlin eingeladen hatte. Das Treffen im Bundeskanzleramt stand im Schatten der von Thilo Sarrazin (SPD) ausgelösten Integrationsdebatte. Gemeinsam mit den mehr als 120 Teilnehmern aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie Vertretern von Migrantenorganisationen und privaten Akteuren hatte die Bundeskanzlerin über Chancen und Probleme der Integration in Deutschland diskutiert. Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Gipfels waren Sprache, Integration vor Ort sowie Wirtschaft und Ausbildung.

Aktionsplan: Bis zum nächsten Integrationsgipfel Ende 2011 soll ein Aktionsplan erstellt werden, mit dem die Umsetzung der im Nationalen Integrationsplan (NIP) formulierten Integrationsziele klar und verbindlich geregelt werden soll. Ziel sei es, die beschlossenen Maßnahmen zu überprüfen, um die besten Integrationsinstrumente auszuwählen bzw. neue Maßnahmen zu erarbeiten. Die bisher zehn Themenfelder des NIP – Integrationskurse, Sprache, Arbeitsmarkt, Frauen, Integration vor Ort, Kultur, Integration durch Sport, Medien, Zivilgesellschaft und Wissenschaft – wurden um die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie Migranten im öffentlichen Dienst ergänzt.

Integrationskurse: Die Bundesregierung erklärte, dass allen Migranten, die an einem Integrationskurs teilnehmen wollen, in den nächsten fünf bis sieben Jahren ein entsprechendes Angebot gemacht werden soll. Die Zahl der Interessierten schätzte die Kanzlerin auf etwa 1,8 Mio. Menschen. Aktuell warten nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ca. 9.000 Zuwanderer auf die Teilnahme an einem Integrationskurs. Ein grundsätzlicher Anspruch auf einen Integrationskurs ist im Aufenthaltsgesetz nicht verankert. Ausländer können aber zur Kursteilnahme verpflichtet werden, z. B. wenn sie Sozialleistungen beziehen oder aus anderen Gründen als „integrationsbedürftig“ eingestuft werden. Zugleich kündigte die Integrationsbeauftragte die Einführung individueller Integrationsvereinbarungen an, die sich insbesondere an Neuzuwanderer richten und festschreiben, welche Unterstützung Migranten bekommen und welche Leistungen sie erbringen müssen.

Sprachförderung: Für die Sprachförderung im Vorschulalter will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 400 Mio. Euro bereitstellen. Die hohe Schulabbrecherquote soll künftig in einem breit angelegten Konzept angegangen werden, da diese Probleme nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund existierten.

Integration vor Ort: In diesem Bereich gibt es nach Auskunft der Bundeskanzlerin nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere mit Gewalt an Schulen in Verbindung mit männlichen Verhaltensmustern. Um die Integration an den Schulen nach vorne zu bringen, forderte Böhmer eine Deutschpflicht auf Schulhöfen. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) setzt auf Kooperationen mit Sportvereinen, um die „Integration durch den Sport in die Gesellschaft“ zu nutzen.

Wirtschaft und Ausbildung: Die Teilnehmer diskutierten über den so genannten Ausbildungspakt und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Künftig sollen mehr Migranten im öffentlichen Dienst arbeiten. Dafür reiche es nicht aus, bei gleicher Qualifikation Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, sagte de Maizière. Von einer Quote halte er nichts. Vielmehr müsse man bereits im Vorfeld Migranten stärker für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst interessieren.

Reaktionen: Einige Teilnehmer des Gipfels und die Opposition zeigten sich von dem Treffen enttäuscht. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages Petra Roth forderte zusätzliche Gelder für integrative Präventionsarbeit in den Kommunen. Die Vertreter der Oppositionsparteien beklagten die Unterfinanzierung der Integrationspolitik und insbesondere die angekündigten Kürzungen der Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mayzek sagte, Integration werde nicht durch „eine Vervielfachung“ von Gipfeln verbessert.

Integrationsministerium:

Rund um den Integrationsgipfel wurde auch die Einrichtung eines Integrationsministeriums kontrovers diskutiert. Eine diesbezügliche Forderung Böhmers hatte Merkel umgehend abgelehnt. Während der ehemalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering ebenfalls ein solches Ressort forderte, kritisierten Linke und Bündnis 90/Die Grünen diesen Vorschlag. Ein solches Ministerium löse die eigentlichen Probleme nicht, sagte die migrationspolitische Sprecherin der Linken Sevim Dagdelen. Der Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir sagte, dass ein Integrationsressort auf Bundesebene nur dann sinnvoll sei, wenn es mit dem wichtigsten Integrationsthema Bildung verbunden wäre.

Weitere Informationen:

www.bundesregierung.de, www.bmi.bund.de,
www.tgd.de, www.spd.de, www.staedtetag.de
www.islam.de, www.gruene.de,
www.linksfraktion.de, www.gew-berlin.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2010

Gute Erfahrungen

Die große Mehrheit der Deutschen hat nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid insgesamt positive Erfahrungen in alltäglichen Begegnungen mit Zuwanderern gesammelt. 68 Prozent gaben bei der repräsentativen Befragung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung an, dass die Bilanz positiv sei. Sie hoben besonders die Gastfreundschaft, die Hilfsbereitschaft und Strebsamkeit der Zugewanderten bei der Arbeit hervor. Drei Viertel der Deutschen (76 Prozent) sind überzeugt, dass Deutschland davon profitiert, wenn es sich anderen Kulturen öffnet. 72 Prozent sehen die Mehrsprachigkeit als größten Gewinn. Fast die Hälfte der Deutschen (48 Prozent) ist dabei auch der Ansicht, dass Kinder aus Zuwandererfamilien in der Schule nicht genug gefördert werden.

Quelle: Blickpunkt Integration Ausgabe 02/2010

Arbeitshilfe sozialrechtliche Bedingungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen

Die Arbeitshilfe wurde von der GGUA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.) in Münster erstellt, Stand Juli 2010. Die Übersicht kann eine individuelle Beratung nicht ersetzen und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr geht es darum, auf der Grundlage der nationalen Vorschriften sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Sie kann heruntergeladen werden (16 Seiten) unter:

http://einwanderer.net/fileadmin/downloads/tabellen_und_uebersichten/eu-buerger.pdf

Quelle: Info Migration 8 / 2010 der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

NEUIGKEITEN DER EU

Zugang zur Sozialen Sicherung auch für Drittstaatsangehörige

Das EP billigte in seiner Plenarsitzung am 7. Oktober 2010 in zweiter Lesung ohne Änderungen den Standpunkt des Rates zur Ausweitung der Gewährung von Leistungen sozialer Sicherheit auf Drittstaatsangehörige (Verordnung EG Nr. 883/2004 und Verordnung EG Nr. 987/2009). Danach sollen Staatsangehörige aus Nicht-EU-Ländern sowie deren Familien, die ihren gesetzlichen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsstaat haben, sich jedoch in einem anderen Mitgliedsstaat aufhalten und dort arbeiten, denselben Zugang zu sozialen Leistungen erhalten, wie er vergleichbaren EU-Bürgern in derselben Situation gewährt wird. Dänemark und Großbritannien sind vom Geltungsbereich des Rechtsaktes ausgenommen.

Quelle: EU-Kompakt 16/2010

Anerkennung von Flüchtlingen, die terroristischen Organisationen angehören

Das Bundesverwaltungsgericht hatte den EuGH um eine Auslegung der Richtlinie 2004/83/EG ersucht. Einer der Kläger war Guerillakämpfer und hoher Funktionär der PKK gewesen. Seine Asyl- und Flüchtlingsanerkennung war durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge widerrufen worden. Nach der o. g. Richtlinie kann eine Person von der Anerkennung als Flüchtling u. a. dann ausgeschlossen werden, wenn schwerwiegende Gründe zu der Annahme berechtigen, dass sie sich „Handlungen, die den Zielen oder Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen“ zuschulden kommen ließ. Der EuGH hatte festgestellt, dass allein die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die sich terroristischer Mittel bedient, nicht automatisch die Anerkennung als Flüchtling ausschließt. Auch die Beteiligung an den Handlungen einer terroristischen Organisation genügt nicht, da die Richtlinie eine vollständige Prüfung sämtlicher besonderer Umstände jedes Einzelfalls voraussetzt. Notwendig ist vielmehr eine individuelle Verantwortlichkeit für Handlungen, die von einer sich terroristischer Methoden bedienender Organisation begangen wurden.

Quelle: EU-Kompakt 18/2010

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Die Europäische Kommission hat den Startschuss für das Jahr auf den 2. Dezember 2010 festgelegt. Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding stellt auf einer Pressekonferenz die Ziele des Jahres näher vor. Es soll Freiwilligen und den entsprechenden Organisationen aus ganz Europa die Möglichkeit geboten werden zusammenzutreffen und sich über in anderen Ländern bewährte Verfahren und beispielhafte Lösungen auszutauschen. Auch können die staatlichen Stellen mehr über Freiwillige erfahren und freiwilliges Engagement erleichtern.

Quelle: EU-Kompakt 19/2010

Gleichstellungsstrategie 2010-2015

Nachdem Kommissionsvizepräsidentin Reding letzten Monat die europäische „Gleichstellungsstrategie 2010-2015“ vorgestellt hatte, haben die zuständigen 27 Minister der EU am 26. Oktober 2010 ihre Unterstützung zugesagt. Sie billigten damit auch die Wahl der fünf Schwerpunktbereiche: gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit, Lohngleichheit für dieselbe Arbeit oder eine gleichwertige Arbeit, Gleichstellung in der Entscheidungsfindung, Würde, Integrität, Beseitigung der geschlechtsspezifischen Gewalt und Gleichstellung der Geschlechter in den externen Aktionen. Ein besonderer Schwerpunkt sei auf die Beteiligung von Männern in dieser Strategie zu legen.

Quelle: EU-Kompakt 17/2010

Buchempfehlungen - Downloads - Termine - Fördertöpfe

FÖRDERTÖPFE

Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert insbesondere in den neuen Bundesländern Projekte, die sich aktiv mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beschäftigen wie z.B. Opferberatungsstellen, Alternativen zu rechter Jugendarbeit oder auch Modellprojekte für demokratische Erziehung oder interkulturelles Lernen an Schulen. Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Projekten, die ansonsten kaum Chancen auf einen finanzielle Förderung und beratende Unterstützung haben. Die Stiftung unterstützt bei der Kofinanzierung von Personalkosten und Honoraren, bei Reisekosten und Sachmitteln. Bewerben können sich u.a.:

- Vereine
- Bürgerinitiativen und Netzwerke
- Kirchengemeinden
- Schulen und selbstorganisierte Jugendliche
- kommunale Ausländerbeauftragte

Die Fristen für die Bewerbung sind halbjährlich, nächster Stichtag ist der 31.12.2010. Weitere Informationen zur Stiftung und der Förderung finden Sie hier. Gerne unterstützt unser Team Sie bei der Antragsstellung und der konkreten Umsetzung.

Quelle: İbİs - Infodienst Integration 10/10

Projektförderung zur Integration junger MigrantInnen

Robert-Bosch-Stiftung lobt wieder Mittel aus

Die Robert-Bosch-Stiftung vergibt wieder Mittel zur Integration junger MigrantInnen. Die Abgabefrist für Anträge ist der 31.01.2011. Hier werden gezielt „überzeugende Projektideen zur Integration dieser

junger Menschen im Kindergarten, in der Schule und in der Freizeit“ gefördert. Die Projekte sollten längerfristig angelegt sein und jungen MigrantInnen und ihren Familien helfen, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Dabei steht das Empowerment im Mittelpunkt. Darüber hinaus können auch Projekte gefördert werden, die gezielt die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Schulen und Migrantenselbstorganisationen stärken.

Antragsberechtigt sind z.B. Initiativgruppen, Bürgerbüros, gemeinnützige Vereine, Schulen, außer-schulische Partner von Ganztagschulen, Kindertagesstätten oder Kirchengemeinden.

Das Programm wird durch die Stiftung Mitarbeit durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie hier. Gerne unterstützt unser Team Sie bei der Antragsstellung und der konkreten Umsetzung.

Quelle: İbİs 09/2010

Senden Sie uns Ihre besten Radio, Online und TV Programme zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt!

CIVIS - Europas Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt zeichnet 2011 Programmleistungen im Radio, im Fernsehen und im Internet aus, die das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster nationaler, ethnischer, religiöser oder kultureller Herkunft fördern.

Der Europäische CIVIS Medienpreis 2011 ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 20. Januar 2011. Mit dem "Young CIVIS Media Prize" kommt ein europäischer Förderpreis für junge Journalistinnen und Journalisten sowie Studierende der Film- und Medienhochschulen hinzu. Der "CIVIS Online Media Prize" zeichnet darüber hinaus journalistisch aufbereitete Webseiten zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt aus. Am Wettbewerb teilnehmen können alle Radio- und Fernsehsender sowie Webanbieter in der Europäischen Union und der Schweiz. Die Preisverleihung und TV-Gala wird am 26. Mai 2011 im Auswärtigen Amt in Berlin stattfinden. Weitere Informationen finden Sie unter: www.civismedia.eu

Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Integration und Migration
 Fachdienst für Integration Thüringen (FDI)
 Rosa-Luxemburg-Str. 50
 99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: fd@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



BÜCHER

Gudrun Hentges, Justyna Staszczak: **Geduldet, nicht erwünscht. Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland.** 2010, Hannover, ISBN: 978-3-8382-0080-4, 29,90 Euro, Online-Bestellung: www.ibidemverlag.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2010

Integration von Zuwanderern

Was fördert, was hemmt die Integration von Zuwanderern? Welche Konzepte können als erfolgreich angesehen werden? Vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen greift das von Stefan Luft und Peter Schimany herausgegebene Buch „Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven“ zentrale Themen der aktuellen Diskussion auf: Integration durch Recht, Multikulturalismus, interkulturelle Öffnung, Arbeitsmarkintegration und Staatsangehörigkeitspolitik. Die Beiträge analysieren bisher verfolgte Ansätze und zeigen Perspektiven für Politik, Integrationsarbeit und Wissenschaft auf. Die Einführung erläutert die Thematik, verdeutlicht den Aufbau des Bandes und führt den Leser in die einzelnen Beiträge ein.

Stefan Luft und Peter Schimany (Hg.), Bielefeld: transcript

Verlag, 358 Seiten, 29,80 €

Quelle: Blickpunkt Integration Ausgabe 02/2010